

„Die Situation ist für uns extrem schwierig“

LWL-Landesrat im Interview mit der LUPE, der Zeitschrift der Stiftung Haus Hall

Matthias Münning ist Landesrat beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). An führender Stelle trägt der Jurist Verantwortung für die sozialen Themen des Kommunalverbandes. Im Gespräch mit der LUPE äußert er sich über die aktuelle Situation der Behindertenhilfe.

LUPE: Hilfe für Menschen mit Behinderung ist Sozialhilfe und die wiederum ist Sache der Städte und Kreise. Warum erledigt der Landschaftsverband diese Aufgaben? Kann er es besser als die Kommunen?

Matthias Münning: Es gibt Dinge, die können Sie in Ihrem Ort nicht allein lösen, sondern nur in größeren regionalen Zusammenhängen. Die Hilfe für behinderte Menschen ist in mehr als 150 Jahren aufgebaut worden und das nicht überall gleichmäßig. Heute wollen wir, dass die Menschen mit Behinderung möglichst ortsnah versorgt werden. Dafür müssen wir das vorhandene Hilfesystem umbauen. Um überall gleiche Lebensverhältnisse zu bekommen, muss die Aufgabe regional in Westfalen-Lippe gelöst werden. Wir wollen das heutige Angebot an stationären Plätzen zurückbauen und ambulante Hilfen aufbauen.

Warum?

Weil wir glauben, dass die Menschen heute ambulant besser versorgt werden können. Heute können wir die Hilfen für Menschen mit Behinderung so organisieren, dass sie in ihrer Wohnung bleiben können und nur das Maß an ambulanter Hilfe hinzukommt, was sie gebrauchen, um selbständig zu leben. Dass das geht, wissen wir ja noch nicht so lange, sondern erst seit ein paar Jahren, seitdem man das systematisch ausbaut. Und die Menschen fühlen sich besser dabei. Das ist unser Hauptmotiv-

Neben dem finanziellen!

In erster Linie geht es um die behinderten Menschen. Selbstverständlich muss der LWL aber auch darauf achten, dass er die Finanzierung der erforderlichen Hilfen sichert. Wir müssen heute sehen, was wir zur Verfügung haben und wie wir das weiterentwickeln und anpassen können.

Das individuelle Hilfeplanverfahren spielt seit 2003 eine zentrale Rolle. Sind Sie damit zufrieden?

Wir sind sogar mächtig stolz darauf, dass wir das geschafft haben. Es bedeutet eine völlige Umstellung unserer Arbeit: von einer reinen Aktenverwaltung hin zu einer Stelle, die als erstes den Menschen in den Blick nimmt und mit ihm über die Hilfe spricht.

Was wollen Sie ändern?

Das individuelle Hilfeplanverfahren bezieht sich bisher nur auf das Wohnen. Künftig wird es um ein Gesamtplanverfahren gehen, das auch beispielsweise das Arbeiten in der Werkstatt einschließt.

In den letzten Jahren hat die Diskussion über das Persönliche Budget große Bedeutung gewonnen. Lockt da nicht eine Riesenarbeitsleichterung für den LWL? Er könnte die Position beziehen: Das Persönliche Budget wird flächendeckend eingeführt und alle Leistungen

der Behindertenhilfe werden darüber gewährt und abgerechnet.

Zunächst einmal ist die Rechtslage so: Ein persönliches Budget bekommt derjenige, der es haben möchte; man muss es nicht nehmen. Wir haben uns bemüht, mehr Interesse zu wecken, denn die Idee ist zunächst einmal gut und überzeugend. Wir haben auch Werbung dafür gemacht, aber die Zahl der Informationsveranstaltungen, die wir durchgeführt haben, ist größer als die Zahl der Budgetnehmer, die wir insgesamt haben; von den Besucherzahlen will ich erst gar nicht reden. Offensichtlich ist das Modell noch nicht gängig. An uns liegt das nicht. Wir wären gern bereit, damit stärker zu arbeiten und wir sehen an einigen Stellen sogar eine gewisse Arbeitserleichterung für uns, allerdings auch einige Verkomplizierungen. Es ist aber immer noch eine seltene Art der Leistungsgewährung.

Früher gab es die Pflegesatzverhandlungen. Der Einrichtungsdirektor und sein Verwaltungsleiter führen einmal im Jahr zum LWL und legen die Ausgaben des Vorjahres vor. Dann wurde verhandelt und schließlich der Pflegesatz neu vereinbart. Warum geht das nicht mehr so?

Das Kostendeckungsprinzip hat dazu geführt, dass die Ausgaben sehr, sehr stark angestiegen sind. Der Gesetzgeber wollte nun die Einrichtungen dazu bringen, mit dem Geld stärker zu wirtschaften. Deshalb gibt es das prospektive Entgelt, das heißt: Der LWL trifft im Voraus eine Vereinbarung mit dem einzelnen Träger und der muss dann mit dem Geld auskommen.

Mal ein bisschen in den Kaffeesatz geschaut: Wie werden die aktuellen Verhandlungen ausgehen?

Die haben gerade erst begonnen und deshalb ist es schwierig, etwas zu sagen. Die Ausgangsposition der Landschaftsverbände sieht so aus: Wir haben

seit Jahren stark steigende Kosten für die Eingliederungshilfe. Die sind im Wesentlichen auf zusätzliche Fallzahlen zurückzuführen, mit anderen Worten: Immer mehr Menschen bekommen diese Hilfe. Dazu kommen die stark steigenden Kosten insbesondere für das Personal – was ja zunächst einmal gut und richtig ist. Die Tarifverträge sind in der letzten Zeit stark angestiegen. Das führt zu stark ansteigenden Ausgaben der Landschaftsverbände. Der LWL hat im letzten Jahr ungefähr 120 Mio € mehr gebraucht und er benötigt in diesem Jahr wahrscheinlich um 100 Mio € mehr, um seinen Haushalt auszugleichen. Diese Situation ist für ihn extrem schwierig, denn er kann dieses Geld immer nur aus den Kassen der Kreise und Städte nehmen und die brauchen das Geld auch für andere soziale Aufgaben. Gleichzeitig gehen die Steuereinnahmen zurück.

Das Problem verschärft sich also?

Ja, deswegen wollen wir im nächsten Jahr nach Möglichkeit nicht mehr Geld ausgeben als in diesem Jahr. Die andere Seite, die freie Wohlfahrtspflege, hat schon gesagt: Alles wird teurer; wir brauchen mehr Geld, mindestens 5,2 %. An dieser Forderung kann man ungefähr erkennen, worum es geht.

Ich stelle mir das so vor, dass Ihnen die Haushaltsverantwortlichen der Kreise und Städte im Nacken sitzen und mahnen: Das darf nicht noch teurer werden. Der Druck, der auf Ihnen lastet, muss doch enorm sein.

Ja, das ist so. Wenn die Steuereinnahmen weiterhin so stark einbrechen, stellt sich die Verteilungsfrage. Die stellt sich auch dann, wenn man Schulden aufnimmt, denn dann verteilt man das Problem nur auf die nachkommende Generation. Andererseits muss der LWL die gesetzlich vorgesehenen Leistungen erbringen.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat in den 60-er Jahren die Menschen mit Behinderung erst richtig entdeckt. Sie hat damals eingesehen, dass die Lebensverhältnisse nicht so bleiben konnten. Dann wurde viel investiert – auf der Grundlage einer gesellschaftlichen Übereinkunft. Heute frage ich mich: Wie lange wird diese Übereinkunft noch halten?

Ich würde das auch so sehen: In den 70-er Jahren hat es eine unglaubliche Entwicklung zugunsten der Menschen in unserem Land gegeben. Das hat natürlich mit dem wirtschaftlichen Wohlstand zu tun. Der hat es ermöglicht, sich sozialer Probleme anzunehmen, um die man sich vorher nicht gekümmert hat. Andererseits ist der wirtschaftliche Wohlstand auch dadurch zustande gekommen, dass Menschen mehr gearbeitet haben, dass sie sehr flexibel waren. Die beruflichen Anforderungen an Flexibilität führten allerdings dazu, dass sich familiäre Bindungen aufgelöst haben und viele Betreuungsformen zuhause somit weggefallen sind. Heute muss man sich fragen: Wie kann man die neuen Bedarfe decken, die dadurch entstanden sind? Das betrifft nicht nur die Behindertenhilfe, sondern auch die Kinderbetreuung, die Erziehungshilfe, die Versorgung der alten Menschen. Mit anderen Worten: Der Staat muss dafür sorgen, dass auch weiterhin soziale Sicherheit gegeben ist. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille: einerseits die wirtschaftliche Entwicklung, durch die auch riesige Steuerzugewinne entstanden waren, andererseits höhere Bedarfe und somit höhere Ausgaben für Soziales.

Wie lange noch besteht der Konsens in der Bevölkerung, sich die Behindertenhilfe so viel kosten zu lassen?

Die Gesellschaft hat eine hohe Sympathie für diese Aufgabe, jedenfalls bislang. Es ist allerdings wenig Wissen darüber da, wie viel Geld dafür ausgegeben

wird und woher das Geld kommt. Man solidarisiert sich mit den behinderten Menschen und findet es gut, dass es diese Hilfen gibt. Diese gute Ausgangslage müssen wir verständlich und vernünftig nutzen. Das heißt: nur Geld ausgeben, wenn es wirklich erforderlich ist. Auch deshalb setzen wir uns ja so intensiv für eine ambulante Versorgung ein. Das ist für den LWL ein zentraler Punkt. Wir wissen: Wir können dieses Ziel nicht gegen die Einrichtungen und deren Mitarbeiter durchsetzen. Es braucht begeisterte Menschen, die diese neue Aufgabe anpacken und die sich darüber freuen, wenn Menschen mit Behinderung selbstständiger leben und auf weniger Hilfe angewiesen sind. Wir versuchen, diesen Weg mit den Einrichtungen gemeinsam zu gehen und wir können sagen, dass das klappt. Wir hatten in der „Rahmenzielvereinbarung 1“ mit der freien Wohlfahrtspflege vereinbart, dass wir 1.000 stationäre Plätze abbauen und das haben wir gemeinsam geschafft. Das ist mittlerweile abgeschlossen. Jetzt müssen wir weitermachen. Deshalb haben wir eine „Rahmenzielvereinbarung 2“ abgeschlossen und wir sind auch schon dabei, diese umzusetzen. Das ist ein großer Prozess, der noch auf jede einzelne Einrichtung heruntergebrochen werden muss. In jeder einzelnen Vereinbarung steht dann konkret drin, was man erreichen will –

In Form von Plätzen und Ziffern und Personenzahlen?

Ja. Das führt übrigens häufig auch zu Verbesserungen in der stationären Versorgung.

Der LWL besteht nicht nur aus der Verwaltung, sondern auch aus der Landschaftsversammlung, den Ausschüssen usw.

Einige Dinge kann die hauptamtliche Verwaltung selbst entscheiden, in anderen muss sie die politischen Gremien um Zustimmung bitten. Das hängt

von der Größenordnung der Ausgabe ab. Das ist in Vorschriften geregelt.

***Landschaftsausschuss und Sozialausschuss:
Sie sind regelmäßig dabei?***

Selbstverständlich. Ich muss stets anwesend sein, um die Aufträge vorzubereiten und nachher auszuführen.

Sie sind auch auf Bundesebene aktiv?

Auf der Bundesebene gibt es eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS) und die sind in den Ländern unterschiedlich organisiert. Es gibt viele gemeinsame Interessen, aber auch unterschiedliche Aufgaben.

Was ist hier in Westfalen-Lippe anders als sonst wo in Deutschland?

In den nördlichen Bundesländern besteht eine höhere Hilfedichte und es erhalten mehr Menschen Eingliederungshilfe als in anderen Bundesländern. NRW hat einen starken Zuwachs an ambulanten Hilfen. Die stationären Hilfen, die jahrelang stark angestiegen sind, gehen hingegen langsam zurück.

Wir hatten in NRW gerade die Kommunalwahlen. Im Januar wird in Münster die konstituierende Sitzung der Landschaftsversammlung stattfinden. Was steht für 2010 auf der Tagesordnung?

Unser Ziel ist, die kooperative Sozialplanung zu verbessern, d. h. wir wollen mit allen 27 Kreisen und Städten feststellen: Was müssen wir vor Ort haben, um ein inklusives Gemeinwesen zu schaffen? Was muss vor Ort vorhanden sein und was muss der LWL noch dazu tun? Wir werden so genannte regionale Planungskonferenzen durchführen. Dazu kommen alle Anbieter an einen Tisch; dann wird geschaut: Welche Hilfen sind da und wie müssen die sich entwickeln, denn wir wollen ja

mehr Menschen ambulant versorgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Eingliederungshilfe nur ein Segment ist. Wie sieht es zum Beispiel aus mit Treffpunkten in der betreffenden Stadt? Das Ganze ist ein absolut neues Vorhaben. Das Wort Sozialplanung wird häufig im Mund geführt, aber für die Behindertenhilfe gibt es das bisher nicht.

Stoßen Sie mit Ihrem Plan auf Begeisterung?

In allen Gebietskörperschaften gibt es Verantwortliche, die sehr engagiert dabei sind. Ich habe keinen Zweifel daran, dass dabei für die Menschen mit Behinderung etwas herauskommt.

Welche Perspektiven sehen Sie noch für das nächste Jahr?

Die Weiterentwicklung der Hilfeplanung zu einer Gesamtplanung steht an - Teilhabeplanung sagt man heute dazu - ,die auch beispielsweise das Arbeiten in der Werkstatt einschließt wie auch die Beratung für Menschen mit Behinderung, wenn sie Hilfe suchen. Und es wird die Frage nach der Qualität der Ambulanten Hilfen auf der Tagesordnung stehen.

Fragen und Aufzeichnung: Michel Hülskemper, LUPE.

Das Gespräch fand am 29.09.2009 in Münster statt.

In der LUPE Nr. 67 vom 06.11.09 ist die gekürzte Fassung des Interviews veröffentlicht.

www.haushall.de/Publikationen/LUPE.